

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Deutschland e.V.

zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung "Lebenslagen in Deutschland"

Zusammenfassende Bewertung

Die wesentlichen Erkenntnisse des Berichts sind alarmierend: Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Deutschland immer mehr auseinandergeklafft. Teile der Mittelschicht sind zunehmend vom sozialen Abstieg bedroht. Das Risiko der Einkommensarmut ist im Zeitraum von 1998 bis 2005 kontinuierlich gestiegen. Jeder vierte Bundesbürger ist von dauerhafter Armut bedroht oder muss durch staatliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Wohn- oder Kindergeld davor bewahrt werden.

Die Armutsrisikoschwelle liegt bei 781 Euro, während sie im letzten Bericht noch 938 Euro betrug. Die Absenkung der Grenze bleibt unklar. Diese Frage sollte geklärt werden, schon um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, die Absenkung diene nur der Verringerung der Zahl von Armutsbetroffenen. Insgesamt ist das Armutsrisiko in den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern. Besonders gefährdete Gruppen sind Arbeitslose (43 Prozent), Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (19 Prozent) und Alleinerziehende (24 Prozent). Die Anzahl reicher Personen hat demgegenüber von 5 Millionen auf 6,8 Millionen zugenommen.

Diese Trends sind für die Analyse sehr wichtig, wenn auch die Situation durch das Abstellen auf die amtliche Europäische Statistik zu Einkommens- und Lebensverhältnissen (EU-SILC) eher verharmlost wird. Deutlich wird dies insbesondere bei den zentralen Befunden aufgrund der Europäischen Statistik, wonach das Armutsrisiko in Deutschland allgemein bei 13 Prozent und bei Kindern bei 12 Prozent liege. Dies hat in der Öffentlichkeit zu viel Kritik an dem Bericht geführt und sollte durch die Berücksichtigung aller vorhandenen Datenquellen korrigiert werden.

Die positive Einschätzung, dass der Sozialstaat wirke, wird relativiert, wenn man berücksichtigt, dass sich der Bericht mit dem Problem der unzureichenden Regelsätze überhaupt nicht auseinandersetzt. In nicht nachvollziehbarer Weise wird verharmlost, dass sich unbestreitbar ein krasses Wiederansteigen von Altersarmut abzeichnet, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird.

Der Sozialverband VdK hält es für hilfreich, dass Armut nicht nur monetär gesehen wird. Das dem Bericht zugrunde liegende Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen ermöglicht es, Armut im Kontext mit den vielen damit verbundenen Ungleichheiten, Benachteiligungen und vorenthaltenen Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten abzubilden und notwendige Maßnahmen in allen Politikbereichen abzuleiten.

Der Sozialverband VdK begrüßt den im Berichtsentwurf bekräftigten Anspruch an eine sozial gerechte Politik: "Menschen müssen von einer nachhaltigen Sozialpolitik befähigt werden, ihren Platz in einer sich wandelnden Arbeits- und Familienwelt zu finden. Dazu ist auch weiterhin die angemessene Absicherung der existenziellen Risiken über die Sozialversicherungssysteme eine wichtige Voraussetzung. Darüber hinaus müssen soziale Ausgrenzung und Armut durch materielle Mindestleistungen verhindert und die Befriedigung der Grundbedürfnisse gesichert werden".

In Widerspruch zu diesem Anspruch steht aber der Hinweis auf Seite XIX, wonach der finanzielle Spielraum für investive, aktivierende und präventive Maßnahmen durch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte begrenzt sei.

Aus Sicht des Sozialverbandes VdK ist es ein großer Nachteil, dass der Bericht im Maßnahmeteil im Wesentlichen nur Maßnahmen enthält, die innerhalb der Koalition abgestimmt sind. So werden etwa Initiativen wie "Job - Jobs ohne Barrieren", "Job 4000" oder die "Initiative 50plus" erläutert. Diese Initiativen hält der Sozialverband VdK zwar für sinnvoll, aber nicht für ausreichend, um die Beschäftigungssituation von Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt - wie Älteren und/oder behinderten Menschen - nachhaltig zu verbessern.

Methodisch schadet die Beschränkung auf innerhalb der Koalition abgesprochene Maßnahmen dem Bericht in seiner Aussagekraft. Es sollten deshalb im Maßnahmeteil alle Instrumente, die zur Armutsvermeidung oder Armutsbekämpfung aufgrund der vorangegangenen Datenanalyse in Betracht kommen, objektiv gewürdigt werden.